

VC: SCHRÖDER HAT DIE SPD HALBIERT!

Drastischer Einbruch bei SPD-Mitgliederzahlen - Erstmals unter 700.000

Im Jahr der möglichen Wiederwahl des eigenen Bundeskanzlers verzeichnet die SPD einen dramatischen Einbruch der Mitgliederzahlen auf historische Tiefstwerte, stärker als bei der CDU. Die Mobilisierung der eigenen Gefolgschaft geht gegen Null.

Nach 17.164 Löschungen von Parteimitgliedschaften in 2001, sind es in den ersten vier Monaten diesen Jahres bereits über 16.000, die die Bundesgeschäftsstelle feststellen mußte. Neben todesbedingten Abgängen steigt besonders die Zahl der Austritte.

Erstmals, so wird befürchtet, wird die Mitgliederzahl die **700.000-Grenze durchbrechen. Dies wäre der bisherige Höhepunkt einer negativen Entwicklung seit **1974 (1,02 Mio. Mitglieder Westdeutschland)** und **1991 (920.000 Parteiangehörige)**.**

Quelle: www.welt.de

1974	1.020.000
1991	920 000
2006	570 000

Der Mitgliederschwund bei der SPD ist nach Parteieinschätzung noch lange nicht gestoppt. „Wir gehen davon aus, dass wir in den kommenden zehn Jahren durch ein Tal gehen.“, sagte SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier der Wirtschaftswoche. Demzufolge dürfte die SPD noch einmal bis zu **200 000** Genossen verlieren bevor sich die Mitgliederzahl bei etwa 400 000 stabilisiert. Derzeit zählt die Partei **570 000** Mitglieder. Berliner Zeitung, 18.9.06

Die Stunde der Beschwichtiger

Christian Bommarius

Sein Auftritt ist unvermeidlich, und er wird auch diesmal bestimmt nicht lange auf sich warten lassen. Schon heute oder in den nächsten Tagen wird ein Parteienforscher, ein Politiker oder ein Leitartikler dem Publikum unter Berufung auf Studienreihen und einschlägige Statistiken erläutern, dass und warum es den von Wahl zu Wahl populärer werdenden Nichtwähler recht verstanden gar nicht gebe.

Zwar sei zuzugeben, dass die Wahlbeteiligung auch zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin um elf beziehungsweise zehn Prozentpunkte gesunken sei, bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen vor wenigen Wochen sei sie mit 51,8 Prozent so schwach gewesen wie niemals zuvor, ganz allgemein sinke sie seit Jahr und Tag in Deutschland kontinuierlich und rapide. Und dennoch, wird er beruhigend versichern, sei es voreilig und unsachlich, vom Nichtwähler zu reden und daraus eine zunehmende Staats-, Politik- oder Parteienverdrossenheit in der Bevölkerung abzuleiten. So wie der Önologe nicht von Wein, sondern stets von Weinen spreche, deren Qualität nach Lage, Mostgewicht, Alter zu bestimmen sei, verbiete sich auch das Gerede vom Nichtwähler, denn auch er sei in seiner bunten Vielfalt zu betrachten.

Da gebe es den hedonistischen Nichtwähler, der den Gang zur Wahlkabine als Störung seines persönlichen Feel-Good-Programms begreift, den saturierten Nichtwähler, der nicht weiß, welche Probleme er haben sollte, die sich mit einer Stimmabgabe lösen ließen, den überzeugten Nichtwähler, der seine Systemverachtung durch Schweigen zum Ausdruck bringt, den depressiven Nichtwähler, der seine Weltverachtung durch Schweigen zum Ausdruck bringt, den temporären Nichtwähler, der am Wahltag verreist ist oder krank oder ganz einfach lustlos, den protestierenden Nichtwähler, der aus bestimmten Gründen mit seiner Partei über Kreuz ist und sie mit Enthaltung bestraft ... Und dann, natürlich, wer wollte es verschweigen, dann gebe es auch noch den vom Staat, von der Politik, von den Parteien durch und durch enttäuschten Nichtwähler, eine seltsam trostlose Figur, häufig arbeitslos und unterdurchschnittlich gebildet, die keine Wahlkampfrede mehr erreiche, verkrochen in trotziges Schweigen und verloren für jede bundesdeutsche Partei.

Für jede Partei? Die Erfahrung spricht dafür, dass jener fürsorgliche Beschwichtiger auch diesmal nicht auf einen Zusammenhang verweisen wird, der sich doch kaum übersehen lässt: Wer nicht mehr zur Wahl geht, weil er nichts mehr erwartet, nichts vom Staat, nichts von der Politik, nichts von den Parteien, der wird sehr wahrscheinlich wieder zur Wahl gehen, wenn er mit seiner Stimme zeigen kann, dass er sich nichts mehr erwartet, nichts vom Staat, nichts von der Politik, nichts von den Parteien.

Das Wählerpotenzial der rechtsextremen Parteien ist in Deutschland noch nicht annähernd ausgeschöpft.

Berliner Zeitung, 19.09.2006